

41. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
16. - 18. Juni 2017, Berlin

Antragsteller*in: Erik Marquardt (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV)

Änderungsantrag zu GS-WG-01

Von Zeile 68 bis 70 einfügen:

gelten. Damit Geringverdienende mehr im Geldbeutel haben, wollen wir sie bei den Sozialabgaben entlasten. Ziel muss es auch sein, dass der Mindestlohn realistisch schneller ansteigen kann als bisher. Viele Befürchtungen haben sich nach der Einführung des Mindestlohns nicht bestätigt. Neun von Zehn Angestellten mit Mindestlohn müssen neben dem Job aufstocken. Damit das gelingt, wollen wir, dass die Datengrundlage für die Entscheidungen in der Mindestlohnkommission angepasst wird. Wir setzen uns dafür ein, dass die bisherigen Erfahrungen mit der Mindestlohnkommission zur Verbesserung der Kommissionsarbeit genutzt werden. Dazu kann auch über eine veränderte Besetzung der Kommission nachgedacht werden.

Begründung

Die Mindestlohnkommission berechnet den Mindestlohn auf Grundlage des jährlich vom Statistischen Bundesamt ermittelten Tarifindex. Abweichungen von dieser Berechnungsgrundlage bedürfen in der Mindestlohnkommission eine Zweidrittel-Mehrheit. Diese Mehrheit ist jedoch nicht ohne Zustimmung der Arbeitgeberseite zu erreichen, die sich sogar grundsätzlich gegen einen Mindestlohn gestellt hat.

Die Politik darf die Beschäftigten im Niedriglohnsektor und die Gewerkschaften nicht allein lassen. Wir als Grüne haben uns schon lange zum Konzept einer Mindestlohnkommission bekannt. Der Mindestlohn soll kein Spielball einzelner Wahlkämpfe oder Legislaturperioden sein. Das nimmt den Bundestag allerdings nicht aus der Verantwortung, gerechte Grundlagen für die Kommission zu schaffen. Deswegen sollten wir uns dafür einsetzen, dass die Berechnungsgrundlage nicht nur von bereits erfolgreichen Tarifabschlüssen abhängig ist, sondern sich perspektivisch etwas schneller entwickeln kann, als Die Spaltung zwischen arm und reich wird in Deutschland durch die momentane Berechnungsgrundlage nur verstärkt. Die Anhebung des Mindestlohns kann nur mit Zweidrittelmehrheit deutlicher ausfallen, als die allgemeine Tarifentwicklung. Somit werden höhere Gehälter in absoluten Zahlen immer stärker steigen, als der Mindestlohn.

Unterstützer*innen

Ricarda Lang (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); David Hartmann (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Sven Gödde (Hamburg-Eimsbüttel KV); Vasili Franco (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Pascal Striebel (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Frédéric Zucco (Augsburg-Stadt KV); Alexandra Werwath (Bremen-Mitte KV); Thomas Dyhr (Brandenburg LV); Annika Kerstin Gerold (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Ralf Henze (Odenwald-Kraichgau KV); Katrin Langensiepen (Hannover RV); Christoph Husemann (Berlin-Kreisfrei KV); Jamila Schäfer (München KV); Philipp Evenburg (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Chiara Tummeley (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Andrea Piro (Rhein-Sieg KV); Rasmus Andresen (Flensburg KV); Stephan Wiese (Stormarn KV); Sarah

Jermutus (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Peter Meiwald (Ammerland KV); Frederik Paul Antary (Bochum KV); Christian Knapp (Bodenseekreis KV); Felix Lütke (Duisburg KV)